

Auszug Protokoll Haushaltsberatungen 07./08.12.2021

Teilhaushalt 6200 (Anträge 148 und 149)

Ich rufe damit auf den **Teilhaushalt 6200 Liegenschaften**. Und wir können jetzt auf die **Seite 325** springen.

Antrag 148 (Seite 325): Einführung einer Zweckentfremdungssatzung und einer Meldestelle, Schaffung einer 0,5-Stelle (DIE LINKE.)

Und für die antragsstellende Fraktion gibt es keine Wortmeldung, wir haben das schon oft diskutiert. Dann können wir gleich in die Abstimmung gehen und ich bitte Sie um Ihr Votum.
- Das ist eine **mehrheitliche Ablehnung**.

Anträge 149 a bis c (Seite 333): Mehr Flexibilität der Mittel für Karlsruher Wohnraumförderung (GRÜNE, DIE LINKE.)

Stadtrat Borner (GRÜNE): Zurzeit wird im Aufsichtsrat der Volkswohnung auf politischen Wunsch hin diskutiert, ob die Volkswohnung eine höhere Quote von sozial gefördertem Wohnraum umsetzen soll. Damit wir die VOWO in die entsprechende Lage versetzen können, sollten die benötigten Gelder auch im Haushalt eingestellt sein. Wenn wir die Antwort der Stadtverwaltung richtig interpretieren, werden Verpflichtungen durch ausreichende Haushaltsmittel und Haushaltsreste gegenfinanziert. Dieses wäre eine Antwort in unserem Sinn. Daher bitte ich Sie, Herr Oberbürgermeister, dass Sie in der heutigen Haushaltsberatung klarstellen, dass bei entsprechenden Anträgen auf Mittel der Karlsruher Wohnraumförderung auch tatsächlich genügend Geld vorhanden ist und wir die Antwort der Verwaltung richtig verstanden haben. Bei einer positiven Rückmeldung von Ihnen würden wir den Antrag für erledigt erklären beziehungsweise zurückziehen.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Das Zurückziehen, Herr Oberbürgermeister, würde sich aus mehreren Gründen anbieten. Erstens mal, Herr Kollege Borner, die politische Diskussion, von der Sie reden, in einem Aufsichtsrat der Volkswohnung, die habe ich bisher noch nicht wahrgenommen. Sie haben sie angekündigt. Und wir werden dann sehr fachlich auch darüber diskutieren, wohin denn der Wille von Ihnen geht und inwieweit er in Übereinstimmung zur Realität steht. Allein durch Aufsichtsratsbeschlüsse können wir nicht das erreichen, was Sie sich vorstellen, beispielsweise den Prozentsatz an sozial gefördertem Wohnraum zu erhöhen. Das hängt doch von anderen Dingen ab. Ich will das jetzt nicht fachlich ins Einzelne ausbreiten, aber wir können nicht einfach die Situation verändern, wenn wir nicht neue Wohneinheiten oder gebrauchte Wohneinheiten öffentlich gefördert hinzuerwerben in unseren Bestand. Und dann müssen wir eben diesen Zustand, wenn es geht, erhalten.

Zurzeit ist es ja in der Tat so, dass unser Anteil abnimmt an öffentlich gefördertem Wohnraum, der dann auch, was die Mietzinsen angeht, begünstigt ist. Also die Diskussion steht noch aus, freuen Sie sich nicht zu früh. Ich fürchte die Fachlichkeit wird Sie überzeugen, dass es nicht so einfach geht. Und dann noch was zu KaWoF. Das, was die Verwaltung uns berichtet, zeigt, dass wir bisher mit dem Geldern immer auskömmlich umgehen konnten, immer

Reste zur Verfügung stehen. Also, diese Rakete, die da vor Jahren gezündet wurde, noch nicht so richtig Anklang findet. Aber ich will nicht ausschließen, dass das immer mehr abgerufen werden wird, von daher kann man das abwarten. Aber im Moment kein Bedarf. Und ich denke, auch Private lassen sich von KaWoF ganz offensichtlich nicht begeistern. Aber unabhängig davon, an den Mitteln liegt es nicht.

Stadtrat Huber (SPD): Wir als SPD-Fraktion sind die Allerletzten, die nicht dabei wären, KaWoF zu stärken, aber wir sehen eben auch nicht den Mehrbedarf, wir haben, das zeigt einmal mehr, ein Problem, das sich nicht auf Finanzen beim Wohnungsbau abwälzt, sondern auf die Flächen und das können wir mit KaWoF leider auch nicht ändern. Zum Antrag der Grünen ist noch zu sagen, wir hatten im Vorfeld ja schon mal mit euch diskutiert über diesen Antrag und hatten damals schon den Eindruck, dass es nicht zu dem führt, was wir uns erhoffen. Und das zeigt jetzt die Stellungnahme einmal mehr.

Der Vorsitzende: Vielen Dank, ich würde den Ball gerne aufnehmen, Herr Stadtrat Borner, Sie hatten mich ja noch mal aufgefordert, was dazu zu sagen. Wir haben an diesem Punkt auch seinerzeit, als wir das Programm eingeführt haben, nicht gewusst, ob 5 Millionen reichen oder nicht. Und es stand immer die Aussage im Raum, wenn wir am Ende mehr Anträge bekommen als wir hier mit dem Geld finanzieren können, dann gehen wir mit Ihnen in eine Diskussion, dass wir es unterjährig bereitstellen, weil uns das Programm einfach so wichtig ist. Und diese Zusage gilt und die gilt auch weiterhin. Wir müssen uns bei der nächsten Evaluationsrunde mit KaWoF darüber unterhalten, ob wir nicht die Prozentzahl noch mal erhöhen. Wir müssen uns unterhalten, ob wir es nicht auch außerhalb der Innenstadt ausdehnen sollten und, und, und. Da gibt es noch viel, was wir noch tun können. Was aber am Ende wahrscheinlich erfolgreicher ist, als dass wir jetzt den Ansatz erhöhen, obwohl wir ihn dann nicht ausgegeben kriegen. Wie gesagt, die Zusage steht, das sage ich auch ausdrücklich an die LINKEN, dass wir da nie verhindern werden, dass wir irgendwie wegen Geldmangel dann am Ende dieses Programm nicht ausschöpfen. Insofern wäre meine Bitte, dass wir es mit der Zusage vielleicht für heute erledigen können. Da steht auch das ganze Haus dahinter, das ist jetzt nicht nur ich, sondern das haben wir immer hier so gesagt. Und dazu passen ja auch die entsprechenden Redebeiträge.

Stadträtin Göttel (DIE LINKE.): Ich wollte nur noch mal ergänzen, dass es dann damit für uns passt. Also, uns war wichtig, dass es eben auch um Weiterentwicklung des KaWoF-Programms geht, eben auch um die Bereiche, die Sie gerade genannt haben. Und da eben auch zu überlegen, wie sich vielleicht Förderrahmen verändern müssten, damit es attraktiver wird. Und diese Flexibilität wollten wir uns eben durch diesen Haushaltsbeschluss geben. Aber wenn die Zusage steht, dass die Gelder dann da sind, dann passt das auch für uns.

Der Vorsitzende: Bisher war ja bei KaWoF das Problem die Einschränkung auf die Innenstadt, die ursprünglich fachlich richtig war, aber die wir uns nun überlegen sollten. Und das zweite Problem war, dass es gerade in dieser Innenstadt zu wenig Flächen gab. Jetzt kommt noch ein drittes Problem dazu, was wahrscheinlich die nächsten Jahre noch schwieriger wird, dass sie heute auch mit der Unterstützung aus Land und kommunaler Wohnungsbauförderung es nicht mehr hinbekommen oft bei vielen Objekten, weil auch schon der Erwerbspreis so teuer ist, dass sie es dann so sanieren können, dass sie es anschließend mit der sozialen Bindung noch hinbekommen. Also, ich will das jetzt nicht pauschal sagen, aber es wird für einzelne Objekte ein zunehmendes Problem. Wir beobachten das gerade etwa auch bei der Sparkas-

se, wo wir gerne auch entsprechenden sozialgebundenen Wohnraum schaffen wollen im Immobilienportfolio und dann aber aus rein wirtschaftlichen Gründen bei den Kaufpreisen, die für fertige oder auch unfertige Immobilien im Moment existieren, da in Schwierigkeiten kommen. Deswegen, auch das muss man noch mal in die Weiterentwicklung von KaWoF mit einbeziehen als Überlegung, was man da vielleicht noch steuern könnte, denn sonst werden wir hier den Wettlauf gegen die Zeit nicht gewinnen. Ich will nicht sagen verlieren, weil jede Wohnung, die es mehr gibt, ist erst mal ein Gewinn, aber wir werden nicht die Zahlen erreichen, die wir eigentlich gerne hätten. Und das ist aber ganz, ganz wichtig.

Herr Stadtrat Borner noch mal? Dann hat sich das mit diesem gemeinsamen Agreement für heute erledigt und wird im Fachausschuss dann eher auch beraten. Herr Stadtrat Pfannkuch, ein Antrag zur Geschäftsordnung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Eine bescheidene Anregung, könnten Sie wieder die Uhr anschalten lassen, wenn Sie reden, das hat uns gestern das Gefühl der Waffengleichheit gegeben, wenngleich Sie nicht besteht.

Der Vorsitzende: Ja, das hätte ja nur Sinn, wenn Sie sich auch auf drei Minuten begrenzen müssten. Insofern, wenn Sie die Uhr abschalten bei Ihren Beiträgen und auf die Gesamtredzeit gehen... Okay, also ich versuche, mich kürzer zu fassen. Wir können auch gerne die Uhr anmachen.

Gut, zwei Anmerkungen noch zu den Liegenschaften. Auf der Seite 330 haben wir in der Veränderungsliste des Sammelprojekts kleinere Baumaßnahmen angepasst. Hier hatten wir eine Doppelerfassung drin, deswegen konnten wir das korrigieren. Und auf der Seite 332 gibt es im Sammelansatz Grundstücksverkauf eine Veränderung, durch den Verkauf des städtischen Grundstücks in der Schwarzwaldstraße, Hauptbahnhof Süd, das kennen Sie, das jetzt ins nächste Jahr rutscht. Und deswegen ist dieser Ansatz dann auch größer geworden.